

TAGESORDNUNGSPUNKT 8:

Bericht der Vorsitzenden der CDU Deutschlands

(Beifall)

Bundeskanzlerin **Dr. Angela Merkel**, Vorsitzende der CDU: Herr Tagungspräsident! Liebe Freunde! Wir alle erleben in diesen Wochen und Monaten Außergewöhnliches. Wir erleben, wie wichtig es ist, dass unser Gemeinwesen zusammensteht und dass unser Gemeinwesen gemeinsam handelt. Wir erleben, wie wichtig es ist, dass unser Gemeinwesen gut geführt wird. Wir erleben, wie wichtig es ist, dass wir uns gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern für unser Gemeinwesen einsetzen.

Nirgendwo wird das so deutlich wie in unserer Partei, in der Partei, deren Mitglieder sich seit über 60 Jahre für die großen Weichenstellungen unseres Landes eingesetzt haben: dafür, dass Deutschland die Soziale Marktwirtschaft bekam, dafür, dass Europa geeint und der Euro eingeführt wurde, dafür, dass unser Vaterland in Frieden und Freiheit vereint werden konnte.

Ich begrüße Sie alle recht herzlich zum Parteitag d e r Partei in Deutschland, die wie keine andere unser Land geprägt und gestaltet hat. Ich begrüße Sie zum 22. Parteitag der Christlich Demokratischen Union Deutschlands hier in Stuttgart. Willkommen in der Mitte. Die Mitte war und ist Deutschlands Stärke. Die Mitte sind wir. Die Mitte, das ist die CDU Deutschlands.

(Beifall)

Liebe Freunde, wir alle wissen: In schwierigen Zeiten kommt es besonders darauf an, dass man sich aufeinander verlassen kann. Die Menschen in Deutschland können

sich auf die CDU verlassen, und wir in der CDU können uns aufeinander verlassen. Dafür möchte ich danken.

Ich danke meinen vier Stellvertretern Roland Koch, Jürgen Rüttgers, Annette Schavan und Christan Wulff und unserem Generalsekretär Ronald Pofalla. Ich danke Ihnen stellvertretend für alle Mitglieder des Präsidiums und des Bundesvorstandes der CDU Deutschlands für Ihre Hilfe, Ihre Ideen und Ihre Unterstützung.

(Beifall)

Ich danke den Vertretern von CDU und CSU in der Bundesregierung: Ilse Aigner, Maria Böhmer, Michael Glos, Franz Josef Jung, Ursula von der Leyen, Thomas de Maizière, Bernd Neumann, Wolfgang Schäuble und Annette Schavan. Sie prägen das Gesicht dieser Bundesregierung, unserer Regierung, liebe Freunde. Herzlichen Dank dafür.

(Beifall)

Ich danke dem Vorsitzenden der gemeinsamen Bundestagsfraktion von CDU und CSU, Volker Kauder, und seinem ersten Stellvertreter Peter Ramsauer.

(Beifall)

Liebe Freunde, unsere Konkurrenten werden nie verstehen, welche Kraft, welche Lebendigkeit, welche Stärke gerade in der Idee der Fraktionsgemeinschaft unserer beiden Parteien steckt. Lassen wir den anderen ihr Unverständnis und kämpfen wir weiter entschlossen und stark für unsere Ziele. Am Erfolg dieser Regierung hat

gerade unsere Fraktion einen großen Anteil. Danke dafür. Und Dank auch an alle Mitglieder der Bundestagsfraktion von CDU und CSU.

(Beifall)

Liebe Freunde, ich danke auch unseren Ministerpräsidenten. Es ist wahr: Da, wo die CDU regiert, geht es den Menschen besser. Die CDU ist stark: in den Kommunen, in den Ländern, im Bund und in Europa. Das ist ein Riesenfund, mit dem wir wuchern können. Das macht uns stärker als alle anderen.

Ich danke dem Vorsitzenden unserer Schwesterpartei CSU, dem bayerischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer, und genauso seinen Vorgängern Erwin Huber und Günther Beckstein. Ihnen allen danke ich, stellvertretend für die vielen Tausend Mitglieder und Millionen Anhänger von CDU und CSU, für die menschlich wie politisch herausragende Zusammenarbeit und für den großartigen Zusammenhalt. Ja, es ist wahr, wir streiten uns manchmal. Aber wahr ist auch: CDU und CSU wissen immer, wenn es darauf ankommt: CDU und CSU sind nur gemeinsam stark. Das leitet uns, liebe Freunde.

(Beifall)

Ohne den Zusammenhalt der Union von CDU und CSU wäre all das, was wir in 60 Jahren Bundesrepublik Deutschland geleistet haben und was wir heute für die Zukunft unseres Landes leisten, nicht möglich. Denn niemals kann einer alleine das schaffen, und sei das Amt noch so herausgehoben. Auch ich kann das nicht. Nur gemeinsam konnten wir die großen Herausforderungen des 20. Jahrhunderts meistern. Nur gemeinsam können wir heute die großen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts bewältigen. Wir stehen zusammen; deshalb heißen wir Union. Wir nehmen unsere Verantwortung für unser Land ernst. Dafür ein herzliches Dankeschön.

(Beifall)

Liebe Freunde, wenn wir auf die ersten drei Jahre unserer Regierungszeit blicken, dann sehen wir Zweierlei. Zum einen: Erfolgreiche Politik von CDU und CSU hilft den Menschen in Deutschland. Unsere Bilanz ist eindrucksvoll. Die Zahl der Arbeitslosen liegt nach langer Zeit wieder unter drei Millionen. Damit sind mehr als zwei Millionen Menschen weniger arbeitslos als unter Rot-Grün. Heute gibt es mehr Erwerbstätige in Deutschland als je zuvor. Das ist eine wirkliche Leistung, liebe Freunde.

(Beifall)

Die Jugendarbeitslosigkeit befindet sich auf dem niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung. Es gibt mehr Ausbildungsplätze als je zuvor. Deutschland ist wieder Exportweltmeister. Das soll uns erst einmal jemand nachmachen. Die Lohnzusatzkosten sind gesunken. Arbeitnehmer und Unternehmen wurden entlastet. So konnten neue Stellen geschaffen werden. Das hilft Millionen Menschen ganz konkret.

Der Aufschwung der letzten Jahre wurde genutzt, um einem ausgeglichenen Haushalt sehr, sehr nahe zu kommen. Genau das ist Politik für die Zukunft, die nur – ich betone: nur! – mit der Union möglich geworden ist. Die Sozialversicherungen wurden sicherer gemacht. Die Gesundheitsreform sorgt für mehr Transparenz und Wettbewerb. Die Rente steht heute auf viel festeren Beinen als noch vor drei Jahren. Das gibt der Generation, die unser Land aufgebaut hat, genau die Sicherheit, die sie allemal verdient hat, liebe Freunde.

(Beifall)

Den Familien geht es viel besser. Sie können heute besser wählen. Wahlfreiheit, für die wir immer schon eingestanden sind, setzt Wahlmöglichkeiten voraus. Das Elterngeld, mehr Betreuungsplätze, in Zukunft das Betreuungsgeld, die Mehrgenerationenhäuser – dies alles steht für Wahlfreiheit und unsere Vorstellung von Familie. Wir schreiben niemandem vor, wie er zu leben hat. Wir bauen darauf, dass die Menschen Entscheidungen treffen wollen, und wir setzen uns dafür ein, dass sie diese auch treffen können.

(Beifall)

Es werden wieder mehr Kinder geboren. Deutschland hat neues Vertrauen in die Zukunft. Ich finde, das ist die schönste Nachricht für unser Land überhaupt. Wir haben Bildung und Forschung mit Milliardeninvestitionen gestärkt. Unser Land ist als Ideenschmiede und Innovationswerkstatt stark geworden. Das Land der Ideen sprüht vor Ideen. Wir haben Nobelpreisträger aus Deutschland zu feiern. Unsere Unternehmen arbeiten erfolgreich an den Produkten für die Märkte der Zukunft. Damit stärken wir die Zukunft wie noch keine Regierung zuvor.

Unsere föderale Ordnung ist moderner geworden, unsere Sicherheitsarchitektur den Notwendigkeiten der Terrorismusbekämpfung angepasst. Genau deshalb fordere ich die SPD-regierten Bundesländer auf, endlich ihre Blockade beim BKA-Gesetz aufzugeben. Diese Blockade ist unverantwortlich. Sie zeigt, dass die SPD-Länder nicht bereit sind, hier die notwendige Verantwortung zu zeigen. Die SPD-Führung muss dafür sorgen, dass dies nun endlich der Fall ist, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Schließlich, aber wahrlich nicht zuletzt: Deutschlands Ansehen in Europa und der Welt wurde gemehrt. Wir haben das Denken in Achsen und Konfrontationen beendet. Deutschland denkt heute wieder in Partnerschaften und Bündnissen. Dafür

bekommt man nicht jeden Tag Schlagzeilen, aber Vertrauen und Einfluss. Das ist wichtiger als alles andere und gar nicht hoch genug einzuschätzen.

Liebe Freunde, wenn wir uns die Frage stellen „Sind wir in Deutschland vorangekommen?“, so gibt es für mich diese klare Antwort: Ja! Ja, wir sind große Schritte in die richtige Richtung gegangen. Ja, Deutschland ist in den letzten drei Jahren stärker geworden. Und Deutschland ist vor allen Dingen auch gerechter geworden. Dafür stehen genau die zwei Millionen Menschen mehr, die heute einen Arbeitsplatz haben, als das noch vor drei Jahren der Fall war.

(Beifall)

Aber, liebe Freunde, seit wenigen Monaten gibt es ein Zweites: Wir haben es mit einer dramatischen Krise der internationalen Finanzmärkte zu tun, gefolgt von einer weltweiten Wirtschaftskrise. Als Exportweltmeister haben wir ein überragendes Interesse daran, dass die Weltwirtschaft wieder in Ordnung kommt. Dabei sollten wir uns keine Illusionen machen: Die Politik ist vor Herausforderungen gestellt, die so noch nicht da waren. Niemand auf der Welt kann wirklich auf vergleichbare Erfahrungswerte zurückgreifen. Warum? Das ist deshalb so, weil wir noch nie so unmittelbar erfahren haben, wie sehr die Wirtschaft auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene vernetzt ist.

Wir können heute erleben, dass die Welt ein globales Dorf ist. Erst wenn wir diese Erkenntnis miteinander teilen, erst dann werden wir die Krise überwinden können. Indem wir die Ursachen dieser Krise bekämpfen, schaffen wir auch die Voraussetzungen dafür, dass sie sich nicht wiederholt. Wir müssen endlich einmal zeigen, dass wir aus den Erfahrungen früherer Krisen auch etwas lernen; denn die letzte Krise liegt noch kein Jahrzehnt zurück.

Auf einmal liest man überall, warum die Finanzmärkte vor dem Kollaps standen, auch von denen, die vorher noch Anlagen empfohlen haben, die sie selbst nicht begriffen haben. Dabei ist es eigentlich ganz einfach. Man hätte hier in Stuttgart, in Baden-Württemberg, einfach nur eine schwäbische Hausfrau fragen sollen. Sie hätte uns eine ebenso kurze wie richtige Lebensweisheit gesagt, die da lautet: Man kann nicht auf Dauer über seine Verhältnisse leben. Das ist der Kern der Krise.

(Beifall)

Genau das ist es, liebe Freunde, so einfach ist das. Über die eigenen Verhältnisse zu leben – das rächt sich. Das ist im Kern das Problem unserer internationalen Krise, die im Übrigen nicht irgendwo auf der Welt entstanden ist, sondern mitten im Herzen der Industrieländer. Auch mit dieser Wahrheit müssen wir uns auseinandersetzen.

Wenn wir den Ratschlag der schwäbischen Hausfrau beherzigen und gleichzeitig wissen, dass wir in einem globalen Dorf leben, dann heißt das nichts anderes, als dass es einer qualitativ neuen Antwort bedarf, einer Antwort, die wir so bisher nicht kannten, einer Antwort des 21. Jahrhunderts, um diese Krise schnell zu bekämpfen und um zu verhindern, dass sie sich wiederholt.

Eine solche Antwort ist ein gemeinsames, ein geordnetes Vorgehen auf drei Ebenen: erstens bei uns, auf der nationalen Ebene; zweitens in Europa, auf der europäischen Ebene; drittens auf der globalen Ebene. Auf allen drei Ebenen müssen wir handeln, jeweils spezifisch, aber immer auch gemeinsam. Das verlangt höchste Anstrengung, aber es ist der Schlüssel zur Lösung. Ich will, dass die CDU Deutschlands die Partei ist, die diese historische Aufgabe übernimmt. Dazu brauchen wir im Übrigen auch Mut, auch den Mut, auch einmal gegen den Strom zu schwimmen, liebe Freunde.

(Beifall)

Denn warum ist die Welt in dieser schwierigen Lage? Doch auch, weil wir viel zu oft Experten geglaubt haben, die keine Experten waren. Vielleicht wussten wir damals nicht, dass sie keine Experten waren, aber wir wissen es heute. Wenn wir heute gemeinsam darüber nachdenken, wie man diese neue globale Frage beantwortet, dann sollten wir weniger selbsternannten Experten glauben, sondern einem Prinzip folgen: dem Prinzip der praktischen Vernunft!

Liebe Freunde, wovon gehen wir aus? Erstens auf der nationalen Ebene: Weil wir wissen, dass 2009 ein Jahr schlechter Nachrichten wird, bauen wir mit unseren Maßnahmen, eine Brücke für Investitionen und Beschäftigung, eine Brücke für die Unternehmen, damit es spätestens 2010 wieder aufwärts geht, und zwar mit schnellen, mit zielgerichteten und am besten auch mit zeitlich befristeten Maßnahmen.

Vorschläge für das nationale Vorgehen bei der Bewältigung der Krise gibt es beinahe unendlich viele: Infrastrukturprogramme oder Steuersenkungen, Mehrwertsteuer als Ganzes oder nur in Ausnahmefällen senken, Konsumgutscheine oder Senkungen der Einkommensteuer, als Umfang der Hilfen eins, zwei oder drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts, Aufgabe des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts: ja oder nein. Viele Vorschläge widersprechen einander, manche widersprechen sogar sich selbst. Spätestens da sollten wir widersprechen. Denn wichtig ist: Die nationalen Maßnahmen müssen zur Situation in unserem Land passen. Sie müssen unsere Stärken ausbauen und unsere Schwächen abbauen.

Welche Grundsätze leiten uns dabei? Erstens: Bei der Rettung der Finanzinstitutionen hat der Staat mit aller Kraft eingegriffen, weil es um unser Gemeinwohl geht. Der Staat hat das nicht für die Banken getan. Der Staat hat das für die Sparer und für die Wirtschaft getan, für unser Gemeinwohl, weil es sonst nicht weiter hätte bestehen können. Deshalb war dieser staatliche Eingriff alternativlos.

(Beifall)

Zweitens: Der Wirtschaft müssen wir jetzt Brücken bauen. Deshalb leistet der Staat Hilfe auch zur Selbsthilfe. Was er nicht tun sollte, das ist: Produkte subventionieren und dadurch notwendigen Strukturwandel verhindern. Das wird mit uns nicht zu machen sein, liebe Freunde.

(Beifall)

Drittens: Der Staat hilft, den Menschen Arbeitsplätze zu erhalten, sei es durch Kurzarbeit, sei es durch Weiterbildung. Er schafft, wo immer er kann, den Menschen finanzielle Spielräume, um das Leben selbst zu gestalten.

Viertens, und auch das ist in dieser Situation wichtig: Wir verlieren auch in der Krise die Zukunft nicht aus dem Blick. Das Ziel eines ausgeglichenen Haushalts wird später erreicht werden, aber es bleibt unser Ziel für die nächste Legislaturperiode, weil wir uns sonst langfristig unserer Zukunft berauben. Ich muss darauf hinweisen: Spätestens Mitte des nächsten Jahrzehnts wird Deutschland nicht nur in den neuen Bundesländern, sondern insgesamt vom demografischen Wandel erfasst, und es ist unsere Pflicht, auch den künftigen Generationen Spielräume für ein erfolgreiches Leben zu ermöglichen, liebe Freunde.

(Beifall)

Auf dieser Grundlage handeln wir. Wir legen fest, was möglichst unmittelbar wirkt. Es ist deshalb richtig, unsere Infrastruktur, auch und gerade in den alten Bundesländern voranzubringen, denn wahr ist: An vielen Stellen leben wir heute schon von der

Substanz, ob das bei den Straßen ist oder bei den Schulen. Wir brauchen vorgezogene Investitionen in Infrastruktur, in neue Technologien, zum Beispiel in Energieeffizienz und Klimaschutz. Und wir brauchen, wo immer wir sie leisten können, spezifische Hilfen für unsere stärksten Industrien, zum Beispiel im Auto- und Maschinenbau.

Ich finde, wir sollten aus der Krise auch eine Chance machen. Wir wissen, dass die Autobahnen des 21. Jahrhunderts die Hochgeschwindigkeitsnetze sind. Liebe Freunde, wäre es nicht ein Ziel, endlich dafür Sorge zu tragen, dass nicht nur in den Ballungsgebieten, sondern in jedem Haushalt in Deutschland, auch im ländlichen Raum, auf der Schwäbischen Alb oder in der Uckermark, jeder die Chance hat, einen solchen Breitbandanschluss zu bekommen? Das würde unser Land fit für das 21. Jahrhundert machen.

Wir brauchen Sicherheit für unsere Fachkräfte. Herr Leibinger, bekannt als früherer Chef von Trumpf, hat mir geschrieben: Das Kurzarbeitergeld ist gut, aber tut etwas dafür, dass in einer Zeit der Krise die Menschen davon auch etwas haben, zum Beispiel durch Weiterbildung.

Wir sollten alles daransetzen, wenn wir wissen, dass im 21. Jahrhundert immer wieder neues Wissen notwendig ist, diese Zeit der Krise auch mit Weiterbildung zu überbrücken, um Menschen fitter zu machen für die Zeit danach, für den Aufschwung.

(Beifall)

Wir müssen alles dafür tun, dass unsere Wirtschaft, insbesondere die mittelständische Wirtschaft jetzt nicht in eine Kreditklemme kommt, damit wenigstens die Investitionen stattfinden können, die getätigt werden müssen. Weil das Vertrauen unter den Banken noch nicht wieder so hergestellt ist, wie es sein müsste, sehe ich

voraus, dass hier auch staatliche Förderbanken ihre Rolle spielen müssen. Deshalb, liebe Freunde, ist dies ein ganz wichtiger Teil unseres Sofortmaßnahmenpakets.

Wenn wir das alles tun, dann setzen wir in den nächsten zwei Jahren Investitionen und Maßnahmen in Höhe von 32 Milliarden Euro um; das sind 1,3 Prozent unseres Bruttoinlandsprodukts.

Aber ich füge hinzu: Weil diese Krise so außergewöhnlich ist, werden wir die Lage immer wieder neu analysieren. Deutschland wird sich alle Optionen offen halten, um die Folgen dieser Krise weiter wirkungsvoll zu bekämpfen. Ich sage ausdrücklich: alle Optionen. Das nächste Treffen des Koalitionsausschusses, auf dem wir eine Bestandsaufnahme machen werden, wird Anfang Januar stattfinden. Was wir nicht machen werden, das ist, eine strukturelle Steuerreform an die Stelle sofort wirkender, zeitlich befristeter Konjunkturimpulse zu setzen. Aber wenn wir über Konjunkturimpulse reden, wenn wir darüber reden, wie wir Arbeitsplätze sichern können, dann brauchen wir natürlich eine Diskussion, damit wir entscheiden können, ob und gegebenenfalls was wir Anfang Januar noch hinzufügen, liebe Freunde.

(Beifall)

Deshalb sage ich: Die Deutschen können sich auf eine Regierung verlassen, die verantwortungsbewusst und umsichtig handelt, wenn nötig – und das haben wir bereits bewiesen –, auch blitzschnell. Aber ich sage auch: An einem Überbietungswettbewerb von immer neuen Vorschlägen, an einem sinnlosen Wettbewerb um Milliarden, daran beteiligen wir uns nicht. Der ist mit uns, der ist mit mir nicht zu machen, denn wir haben auch in solchen Zeiten Verantwortung vor dem Steuerzahler von heute und vor dem Steuerzahler in der Zukunft.

(Beifall)

Die Deutschen können sich auf eine Regierung verlassen, deren Handeln aus dem erwächst, was Deutschland stark gemacht hat, aus den Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft. Die Soziale Marktwirtschaft, sie ist die menschliche Marktwirtschaft. Sie belohnt Leistung, und sie bestraft Unfairness. Sie gibt dem Starken Freiraum, und sie ermöglicht dem Schwachen Solidarität. Sie weiß um das Wesen des Menschen. Darum spornt sie an, aber sie setzt auch Grenzen. Sie schafft Wohlstand und Gerechtigkeit. Sie ist die dem Menschen gemäße Form des Wirtschaftens. Nach meiner tiefen Überzeugung ist sie die menschlichste Form, Wirtschaft zu gestalten. Es war die Christlich Demokratische Union Deutschlands, die es geschafft hat, diese Soziale Marktwirtschaft in Deutschland einzuführen und durchzusetzen.

Wir können heute sagen: Hier bei uns ist sie seit 60 Jahren ein großer Erfolg. Aber in Europa und vor allem in der Welt ist die Soziale Marktwirtschaft noch längst nicht überall angekommen. Wir haben Druckmaschinen, Kaffeefilter, Plüschtiere und vieles andere zu Welterfolgen gemacht. Warum jetzt eigentlich nicht auch die Soziale Marktwirtschaft?

(Beifall)

Ich sage: Das kann sich jetzt ändern, das soll sich jetzt ändern, und das wollen wir jetzt ändern; denn das ist der Schlüssel zur nachhaltigen Überwindung der Krise. Das ist der Schlüssel, mit dem die Exzesse der Märkte eingedämmt werden. Der Staat nimmt seine Rolle als Hüter der Ordnung wahr, in Deutschland, in Europa und in der Welt. Das ist notwendig, damit sich eine solche Krise nicht wiederholt.

Ich will, dass wir unser Modell der Sozialen Marktwirtschaft zu einem europäischen und weltweiten Exportschlager machen: zunächst einmal – und das trifft die zweite Ebene unseres Handelns – in Europa. Wir Europäer haben bereits jetzt viele gemeinsame Prinzipien. Wir Europäer sollten uns im umfassenden Sinne die

Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft zu eigen machen: Subsidiarität und Wettbewerb, Ausgleich und Solidarität. Dafür werden wir, die Europapartei in Deutschland, im nächsten Jahr im Europawahlkampf eindeutig und zielbewusst werben – gemeinsam mit unseren Freunden im Europäischen Parlament, denen ich ganz herzlich danken möchte, stellvertretend für alle dem Präsidenten des Parlaments, unserem Freund Hans-Gert Pöttering. Mit ihm – das dürfen wir sagen – hat das Europäische Parlament neuen Schwung bekommen.

(Beifall)

Liebe Freunde, 15 Länder in Europa haben eine gemeinsame Währung. Alle 27 Mitgliedsstaaten sind durch einen gemeinsamen Binnenmarkt miteinander verbunden. In solchen Zeiten der Krise zeigt sich, dass diese 27 Staats- und Regierungschefs so etwas wie eine Wirtschaftsregierung in Europa bilden. Europa hat eine gemeinsame Wachstumsstrategie, die sogenannte Lissabon-Strategie. Die Nationalstaaten haben bewusst Kompetenzen an Europa abgegeben, weil wir uns sicher waren, dass manches – ich sage: manches, längst nicht alles – in Europa besser geregelt werden kann. Deshalb haben die Staats- und Regierungschefs die Kommission gebeten, im Lichte der nationalen Programme einen Vorschlag für einen Investitionspakt für ganz Europa zu machen. Wir werden im Dezember darüber diskutieren. Ich sage ausdrücklich: Die europäischen Vorschläge gehen in die richtige Richtung. Ich sage aber auch: Europa muss mit dieser Krisensituation eine Vision verbinden. Das, was für Deutschland gilt, kann doch auch für ganz Europa gelten. Die Chinesen bauen Autobahnen und Eisenbahnschienen. Wir bauen Hochleistungsnetze und Breitbandanschlüsse, damit wir sagen können: Unser Kontinent ist auf das 21. Jahrhundert vorbereitet.

(Beifall)

Nicht alles bedarf des Geldes. Manchmal brauchen wir andere Rahmenbedingungen. Manchmal müssen wir Investitionen anreizen. Manchmal brauchen wir vielleicht etwas lockerere Beihilferegulungen, damit auch kleine und mittlere Unternehmen hier vor Ort unterstützt werden können gemäß dem Prinzip der Subsidiarität. Manche Regelungen, die die Strukturfonds so schwerfällig machen, müssen wegfallen; denn es kann doch nicht sein, dass wir Milliarden einzahlen und jedes Jahr auch Milliarden zurückbekommen, weil das Geld nicht ausgegeben werden muss. Ich verstehe ehrlich gesagt nicht, warum wir mehr Geld überweisen sollen. Verwenden wir doch erst einmal das Geld, das wir dorthin gegeben haben!

(Beifall)

Wenn wir im Dezember über dieses Thema diskutieren, dann diskutieren wir auch über ein zweites Thema, das unmittelbar mit unserer wirtschaftlichen Zukunft und der Krise zusammenhängt, und zwar das Thema Klimaschutz. Ich sage all denen, die jetzt von einer Verschiebung unserer Ziele reden, ausdrücklich: Der Klimaschutz ist dieses Jahr nicht weniger dringlich als voriges Jahr.

(Beifall)

Wir würden uns wirklich blamieren, wenn wir, weil wir ein anderes großes Problem haben, ein letztes Jahr für groß erkanntes Problem plötzlich für klein erklären. Deshalb stehen wir zu den Zielen, die wir vereinbart haben: Wir wollen eine CO₂-Reduktion um 20 Prozent bis 2020 und 20 Prozent erneuerbare Energien für Deutschland. Wir sind das Land, das die Kyoto-Ziele schon heute erfüllt hat. Darauf können wir stolz sein.

(Beifall)

Aber ich sage auch: Wenn es um die Frage geht, wie wir diese Ziele erreichen, dann können wir nicht Arbeitsplätze gegen Klimaschutz ausspielen, dann können wir bei dem Zertifikatehandel nicht außer Acht lassen, dass es viele Regionen – die allermeisten – in der Welt gibt, die keinen solchen Handel kennen. Dann wäre es ökonomischer und ökologischer Unsinn und auch nicht gerechtfertigt gegenüber den Menschen, wenn wir jetzt Arbeitsplätze aus Deutschland, nur weil sie energieintensiv sind, in andere Regionen der Welt verlagern. Das wird mit uns nicht zu machen sein. Da werde ich auch hart verhandeln, liebe Freunde, auch wenn es manchmal heißt, wir sagten zu oft Nein.

(Beifall)

Liebe Freunde, ich hoffe, dass sich dieses Thema auch in den Vereinigten Staaten von Amerika – die Signale des gewählten neuen Präsidenten Barack Obama sind hoffnungsvoll – stärker durchsetzen wird, weil dies ebenso wie die internationale Finanzmarktkrise ein globales Thema ist und weil sich Europa als Vorreiter Exportarbeitsplätze sichern kann. Aber Europa allein kann das Thema Klimaschutz niemals ausreichend behandeln.

(Beifall)

Bei allem, was wir national und europäisch tun können: Das wird nicht ausreichen, weder beim Klimaschutz noch bei der Finanzkrise. International vernetzte Märkte brauchen wir auch auf der dritten Ebene, der globalen. Auch hier brauchen wir ein gemeinsames und koordiniertes Vorgehen. Deshalb müssen wir auch hier entschieden darauf drängen, dass die Grundprinzipien unseres Handelns, die Grundprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft, international verankert werden. Wir haben schon während unserer G8-Präsidentschaft dafür geworben. Ich sage ganz klar: damals vergeblich. Aber ich sage angesichts der Schwere der Krise, die wir jetzt erleben: Es ist die Zeit, in der die Welt ihre Lektion endlich lernen muss. Sie lautet,

dass sich bestimmte Prinzipien weltweit entfalten müssen. Alles andere erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass eine nächste Krise kommt.

Das Grundprinzip heißt: fairer Wettbewerb in einem ordnenden Rahmen. Diesen Rahmen setzt das Gemeinwesen. Das heißt in einem weiteren Schritt: Wer sich nicht an den Rahmen hält, der schadet allen. Wir müssen dazu kommen, dass die Gemeinschaft dies nicht mehr hinnimmt. Deshalb schließe ich mich voll und ganz den Worten unseres Bundespräsidenten Horst Köhler an, der schon seit Jahren eine Kultur im Bankwesen gefordert hat, die – ich zitiere ihn – „auch vom Bewusstsein über die Grenzen der Beherrschbarkeit und Verantwortbarkeit von Risiken und damit von ethisch-moralischen Beweggründen bestimmt ist“.

Wir sind uns einig: Es ist gut, dass wir diesen Mann in diesem Amt wissen.

(Anhaltender Beifall)

Ich füge hinzu: Es ist gut, dass sich daran nichts ändern wird. Unser Bundespräsident ist ein Glücksfall für unser Land. Besser als der Bundespräsident können wir es nicht auf den Punkt bringen. Es geht um ethisch-moralisch begründetes Handeln auch und gerade in der Wirtschaft. Wir müssen eben auch über Verantwortlichkeiten sprechen; denn zu unserem Verständnis von Freiheit gehört das Wissen um die Verantwortung für das eigene Tun und Lassen. Das ergibt sich aus unserem christlichen Menschenbild, aus dem C im Namen unserer Partei. Wir trauen dem einzelnen Menschen verantwortliches Handeln zu, ja, wir erwarten es von ihm. Das ist Freiheit in Verantwortung. Das ist Richtschnur für unser Denken und Handeln, und zwar nicht nur national und nicht nur europäisch, sondern diese Richtschnur muss natürlich auch global gelten.

Es geht mir nicht um die Suche nach Sündenböcken. Jeder Mensch macht Fehler. Wir sind und bleiben auch die Partei, die betont: Leistung muss sich lohnen. Ja, die Übernahme von unternehmerischem Risiko und von Verantwortung muss sich

lohnem. Wer viel leistet, soll auch angemessen verdienen. Wir brauchen die Energie, die Tatkraft und die Leidenschaft von Unternehmen sowie Unternehmerinnen und Unternehmern. Ohne diese wäre unser Land nicht in der Lage, den Wohlstand zu halten.

(Beifall)

Eines aber können die Unternehmen nicht, weder bei uns noch in den USA oder in irgendwelchen Steueroasen. Sie können nicht den Rahmen setzen. Das kann nur die Politik. Die Politik muss deshalb in diesen Zeiten Außerordentliches leisten; denn der Rahmen, um den es geht, ist inzwischen so groß wie die ganze Welt. Der Rahmen, der eine unbeherrschbare Weltwirtschaft zu einer Sozialen Marktwirtschaft formt, dieser Rahmen muss auch international gebaut werden. Alles andere würde der Aufgabe nicht gerecht. Für diese Lösung müssen wir Europäer – das ist eine völlig neue Rolle, in die wir immer stärker hineinwachsen – unsere Kräfte bündeln. Wir haben das vor 14 Tagen auf dem Weltfinanzgipfel getan. Das war ein historisches Ereignis, ein Ereignis, an dem nicht nur die Industrieländer teilgenommen haben, ein Ereignis, an dem die Europäer mit einer Stimme gesprochen haben. Vielmehr war es auch ein Ereignis, an dem die Schwellenländer endlich in diesen Prozess einbezogen wurden und so der Rahmen weltumspannender gebaut wurde, als es früher der Fall war. Das ist ein Zeichen für die Zukunft.

(Beifall)

Wenn manch einer jetzt sagt: Die internationale Verankerung der Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft gelingt doch nie, dann sagen wir Deutsche und Europäer: Doch, das kann gelingen! Denn wir Europäer bringen eine gemeinsame Erfahrung ein. Wir wissen als Europäer: Vertrauen kommt wahrlich nicht über Nacht. Vertrauen kann man schaffen, sogar unter noch viel schwierigeren Bedingungen als heute. Ich will unsere augenblickliche Situation nicht kleinreden; dazu ist sie viel zu ernst. Aber

ich glaube, wir sind uns darin einig: Sie ist nichts im Vergleich zu der Katastrophe, die Europa durchleiden musste, ehe es zur europäischen Einigung kam. Die späteren Gründungsmütter und Gründungsväter der Christlich Demokratischen Union hatten ein vereintes, ein friedliches Europa schon vor Augen, als unser Kontinent im Zweiten Weltkrieg dem Untergang ganz nahe war.

Im kommenden Jahr werden wir 60 Jahre Bundesrepublik Deutschland und 20 Jahre Fall der Mauer feiern. Erinnern wir uns daran, dass Deutschland 1945 in Trümmern lag. Unsere Städte waren – Stuttgart weiß, wovon die Rede ist – nur noch Ruinen. Die Wirtschaft war zerstört. Die Menschen haben gefroren und gehungert. Millionenfaches menschliches Elend, Trauer um die Opfer des Krieges in den Familien und Existenznöte prägten diese Zeit. Darunter waren auch Millionen Vertriebene und Flüchtlinge ohne Heimat, gezeichnet von schlimmen Erinnerungen und großem persönlichen Leid. Zugleich lastete auf unserem Land das Wissen um die Gräueltaten der nationalsozialistischen Terrorherrschaft, den Holocaust als unvergleichliches Menschheitsverbrechen und den Vernichtungskrieg. Nur vier Jahre nach dieser Katastrophe wurde das Grundgesetz verabschiedet, die freiheitlichste Verfassung, die es je in Deutschland gegeben hat. Das war die Grundlage für unser heutiges demokratisches Gemeinwesen, für Wohlstand, soziale Sicherheit und unsere Rückkehr in die Gemeinschaft der Staaten. Darauf können wir im kommenden Jahr, am 60. Jahrestag der Bundesrepublik Deutschland, mit Dankbarkeit und Freude zurückblicken.

Erinnern werden wir uns im kommenden Jahr auch an das schlimme Erbe des Sozialismus in Deutschland. Ich weiß aus eigenem Erleben, was die Menschen in der DDR persönlich geleistet haben, oft unter ganz schwierigen Bedingungen, und zwar in einem Staat, der ein Unrechtsstaat war, ein Staat, der moralisch und wirtschaftlich bankrott war und der die Umwelt verwüstet hat. Der Schriftsteller Uwe Tellkamp hat vor kurzem gesagt: „Wer den Sozialismus für das bessere System hält, hat ihn nicht erlebt.“

(Beifall)

Es war ein Staat, dessen Herrschende mit Willkür und Repression über Jahrzehnte Demokratie und Freiheit der Menschen unterdrückt hatten. Umso höher sind der Mut und Beharrlichkeit derer zu würdigen, die am Ende erfolgreich das SED-System in die Knie gezwungen haben. Noch heute trägt ganz Deutschland an der Überwindung der Folgen, die der Sozialismus über die Menschen in Ostdeutschland gebracht hat. Jetzt melden sich manche von denen wieder und wollen uns ihr verschrottetes Modell als neues Traumauto unterjubeln. Wir fallen nicht auf euch herein, ihr Spitzbuben, oder sollte ich sagen „ihr Spitzelbuben“? Darauf fallen wir nicht herein.

(Beifall)

Das wird auch nicht besser durch einen ehemaligen SPD-Vorsitzenden, der zu euch übergelaufen ist. Wir erinnern uns: Er wollte die Einheit nicht. Als er in der Bundesregierung etwas hätte leisten müssen, da begab er sich auf die Flucht. Ich finde, Vorsitzender der SED-Nachfolgepartei, das ist dafür eine angemessene Bestrafung.

(Heiterkeit und Beifall)

Der Fall der Mauer, dessen 20. Jahrestag wir im kommenden Jahr begehen, kann uns alle in Deutschland stolz und dankbar machen. Stolz, weil es ohne Widerstand und Opposition der Menschen in der DDR die deutsche Einheit nicht gegeben hätte, und dankbar, weil es ohne Prag 1968, ohne Solidarnosc in Polen, ohne die Treue der Vereinigten Staaten von Amerika, und auch ohne den Reformkurs von Michail Gorbatschow die deutsche Einheit ebenso wenig gegeben hätte wie ohne das beherzte Handeln von Helmut Kohl und das Vertrauen, das er in Ost und West genoss.

(Beifall)

Ich möchte von dieser Stelle in unser aller Namen Helmut Kohl ganz herzlich grüßen und ihm alles Gute von diesem Parteitag wünschen.

(starker Beifall)

Der 9. November mit dem Fall der Mauer und der 3. Oktober als Tag der Deutschen Einheit – das sind heute keine ost- oder westdeutschen Ereignisse mehr. Das sind gesamtdeutsche Ereignisse. Sie gehören zu den glücklichsten Tagen in der Geschichte unserer Nation, und mit Stolz können wir sagen: Die Union hat hieran einen entscheidenden Anteil.

(Beifall)

Liebe Freunde, warum sollten wir heute, im Zeitalter der Globalisierung, nicht den gleichen Mut zu einer großen, verbindenden Idee haben, wie unsere Gründungsmütter und –väter ihn hatten? Nur weil manche glauben, die Krise heute sei kleiner als die Herausforderungen der Vergangenheit, nur deshalb muss das doch noch lange nicht heißen, dass wir kleinmütig werden.

Lassen Sie uns auf diesem Parteitag in Stuttgart die Idee formulieren: Wir wollen für die beiden grandiosen Gedanken, die uns Frieden und Wohlstand gebracht haben, in der Welt werben: Das waren der Gedanke der Sozialen Marktwirtschaft und der Gedanke der Einigung der Völker Europas.

(Beifall)

Heute heißt das: Wir wollen, dass die Welt in einer menschlichen Marktwirtschaft lebt. Damit das möglich wird, wollen wir mit den Völkern der Welt zusammenwirken. Ich sage: Wir haben die historische Pflicht, dieses Ziel zu befördern. Wer, wenn nicht wir, ergreift besser Partei für eine menschliche Weltwirtschaft!

(Beifall)

Ich weiß: Dabei geht es nicht nur um die Wünsche von Millionen. Hier geht es um die Wünsche von Milliarden. Sie warten darauf, dass die Weltwirtschaft einen Ordnungsrahmen bekommt, der ihnen – und zwar allen, denn die Würde eines jeden Menschen ist unteilbar – ein würdiges Leben ermöglicht, der sie vor Exzessen schützt und der ihre Lebensgrundlagen bewahrt.

Deshalb braucht die Welt eine Weltwirtschaftsordnung. Dieser Gedanke wurde beim Weltfinanzgipfel sehr klar ausgesprochen, insbesondere von den Europäern. Die G 20 sind natürlich ein Fortschritt; aber sie sind längst nicht das ganze Bild der Welt. Deshalb brauchen wir, so wie wir für die Fragen der Sicherheit und der Menschenrechte die Vereinten Nationen und einen UN-Sicherheitsrat haben, nach meiner festen Überzeugung auch für die Wirtschaft einen Weltwirtschaftsrat. Wir brauchen so etwas wie eine Wirtschafts-UNO. Wir können feststellen: Wir müssen gar nicht bei null anfangen; denn die Gründungsväter der Vereinten Nationen haben bereits einen Rat für Wirtschafts- und Sozialfragen installiert, der allerdings heute ein jämmerliches Schattendasein führt. Deshalb muss sich etwas ändern: Wir müssen eine Weltwirtschaftsordnung mithilfe eines solchen Weltwirtschaftsrates bauen. Meine Damen und Herren, ich bin überzeugt: 2009 ist die Chance, diesem Ziel näherzukommen.

Was macht mich, was macht uns Europäer so mutig und entschlossen, solche Ideen zu formulieren? Für mich ist es die europäische Erfolgsgeschichte, die mit Institutionen für die wirtschaftliche Ordnung begonnen hat: erst bei Kohle und Stahl, dann bei Energie, später beim Binnenmarkt und schließlich sogar bei einer gemeinsamen Währung, die auf dem europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt fußt. Dieser Pakt macht gemeinsames Wirtschaften möglich.

Deshalb füge ich in allem Ernst hinzu: Diesen Pakt werde ich, wird die CDU niemals preisgeben. Er ist die Grundlage des gemeinsamen Wirtschaftens. Wir brauchen nicht weniger davon, sondern wir brauchen auch weltweit ein Verständnis für einen Stabilitäts- und Wachstumspakt, damit wir nicht weiter über unsere Verhältnisse leben, liebe Freunde.

(Beifall)

Ich weiß, dass das schwierig ist. Im April werden wir uns wieder zu einem Weltfinanzgipfel treffen. Das wird der nächste Schritt sein – nicht mehr und nicht weniger. Wir wissen doch auch, dass der europäische Weg anspruchsvoll war. Die deutschen Bundeskanzler von Konrad Adenauer bis Helmut Kohl haben ihn unermüdlich verfolgt, vorneweg zusammen mit ihren französischen Partnern. Ich weiß: Der Weg zu einer Weltwirtschaftsordnung wird noch komplizierter werden; denn die Interessen, die Kulturen, die Traditionen der Länder sind natürlich noch vielfältiger. Ich mache mir da überhaupt keine Illusionen, aber ich sage: Es ist jede Anstrengung wert, einen solchen Weg zu gehen. Denn ansonsten ist der Anspruch, zu einer globalen Lösung zu kommen, nur Gerede, hinter dem nichts steht. Ich will aber, dass wir diese Krise wirklich lösen, liebe Freunde.

(Beifall)

Ich werde bei meinem ersten Treffen mit dem dann im Amt befindlichen amerikanischen Präsidenten Barack Obama genau diese Dimension diskutieren. Wir können jetzt nicht um die Themen herumreden. Wir müssen den Stier bei den Hörnern packen.

Liebe Freunde, ich glaube, Deutschland ist für diese Aufgabe gut gerüstet. Was bedeutet das für die Christlich Demokratische Union für die nächste Legislaturperiode nach innen wie nach außen? Es bedeutet, eine Politik fortzusetzen, die sich an Werten und an Interessen gleichermaßen orientiert, die auch nicht andauernd Gegensätze – hier die Werte, da die Interessen – aufbaut. Das passt nicht zu uns.

Deshalb werden wir natürlich unsere Prinzipien weiterverfolgen. Denken wir nur an den Schutz des menschlichen Lebens vom Anfang des Lebens bis zum Ende. Die unantastbare Würde jedes einzelnen Menschen ist in unserem christlichen Menschenbild unverzichtbar. Sie steht nicht zur Disposition. Aus diesem Kerngedanken heraus machen wir Politik. Deshalb wird es mit uns auch keinerlei Legalisierung der Sterbehilfe geben.

(Beifall)

Ich sage: Wir wollen den Menschen ein würdiges Sterben ermöglichen; aber wir sind mit aller Entschiedenheit gegen das Sterben der Würde in unserem Land.

(Beifall)

Liebe Freunde, denken wir an eine neue Regelung bei den Spätabtreibungen. Ich möchte Volker Kauder ein herzliches Dankeschön sagen. Seit drei Jahren versuchen wir, die Sozialdemokraten angesichts der von allen geteilten Feststellung, dass die

derzeitigen Regelungen im Falle der Spätabtreibungen inakzeptabel sind, dazu zu bewegen, hier eine Verbesserung herbeizuführen. Nur eine kleine Minderheit in der SPD lässt sich dafür erweichen. Wir werden dieses Ziel weiterverfolgen. Dieses Ziel hat etwas mit der Würde des Menschen zu tun. Deshalb werden wir es nicht aufgeben, liebe Freunde.

(Beifall)

Denken wir an die Politik für die Migranten in unserer Gesellschaft. Der Oberbürgermeister hat uns gerade darauf hingewiesen: 50 Prozent der jungen Menschen in Stuttgart haben einen Migrationshintergrund. Wir sind für Integration, nicht für Multikulti. Ich habe vor einiger Zeit folgenden Satz gelesen: „Die multikulturelle Gesellschaft ist eine Illusion von Intellektuellen.“ Gesagt hat ihn Helmut Schmidt. Recht hat er. Ob auch er für eine solche Aussage eine Rüge von der SPD bekommt, weiß ich nicht. Das müssen die selbst entscheiden. Dieser Satz ist richtig, liebe Freunde.

(Beifall)

Wer sich bei uns integrieren möchte, dem müssen die Türen offenstehen. Natürlich muss er dafür unsere Gesetze anerkennen. Deutschland ist Integrationsland. Die Islamkonferenz, der Nationale Integrationsplan haben dazu geführt, nun endlich das Ende eines jahrzehntelangen Schweigens einzuläuten. Der Nationale Integrationsplan ist aus meiner Sicht ein echter Meilenstein.

Denken wir nicht zuletzt an die Außen- und Sicherheitspolitik. Unsere Werte leiten unser politisches Handeln nicht nur zu Hause, nicht nur in Europa, sondern überall. Das heißt, dass wir dem Iran weiter klar sagen, dass eine Nuklearbewaffnung nicht hinzunehmen ist. Das gilt auch dafür, dass wir für die Freiheit der Meere, gegen die

Piraterie oder natürlich für die Stabilität von Ländern wie zum Beispiel Afghanistan kämpfen.

Liebe Freunde, wir in der Union wissen, dass unsere Soldatinnen und Soldaten dabei unter Einsatz ihres Lebens für unsere Freiheit eintreten. Dafür danken wir ihnen.

(Beifall)

Es war überfällig und absolut richtig, dass unser Verteidigungsminister den Bau eines Ehrenmales für diejenigen durchgesetzt hat, die im Kampf um die Freiheit ihr Leben verloren haben. Herzlichen Dank, Franz Josef Jung.

(Beifall)

Wir wissen, dass wir die internationale Sicherheitsarchitektur weiterentwickeln müssen. Es ist ein symbolisches Zeichen, dass wir im nächsten April 60 Jahre NATO an der deutsch-französischen Grenze, in Straßburg, in Kehl und in Baden-Baden, begehen werden. Das kann ein weiterer Meilenstein auf unserem Weg, eine Sicherheitsarchitektur für das 21. Jahrhunderts zu schmieden, sein: gemeinsam zwischen Deutschland und Frankreich und mit all unseren Verbündeten.

Liebe Freunde, die Aufgaben für die nächste Legislaturperiode sind klar auf der Agenda:

Wir müssen alles daransetzen, dass unser Land noch stärker wird: durch eine Strukturreform für ein einfacheres und gerechtes Steuersystem, das die Leistungsträger motiviert, den Missstand der kalten Progression abschafft, die

Familien stärkt und damit dauerhaft mehr Netto vom Brutto für die Menschen in unserem Lande ermöglicht.

(Beifall)

Wir wollen, dass unser Land stärker wird durch ein Arbeitsgesetzbuch, das endlich die Barrieren aufhebt, sodass mehr Menschen eine Chance auf Arbeit haben und nicht immer wieder über Hürden stolpern.

Wir wollen unser Land durch das Eintreten für faire Löhne stärker machen, nicht durch das Eintreten für einen allgemeinen, flächendeckenden Mindestlohn, sondern durch eine Stärkung der Tarifautonomie. Wir sagen: Vielfalt muss mit Vielfalt beantwortet werden. Ich werbe weiterhin bei den Gewerkschaften darum: Es stärkt Sie, wenn Sie diesen Weg mit uns gehen und gegen einheitliche flächendeckende Mindestlöhne sind, lieber Herr Sommer.

(Beifall)

Wir müssen eine Alterssicherung schaffen, die trotz des demografischen Wandels das im Arbeitsleben Geleistete auch in der Rente anerkennt, eine Pflegeversicherung, die durch eine Kapitaldeckung zukunftsfest gemacht wird, eine Politik, die nicht nur gerade jetzt, sondern dauerhaft die Lohnzusatzkosten unter 40 Prozent hält, und eine Energiepolitik, die uns die Versorgung mit Energie im eigenen Lande möglich macht. Wir müssen auf Energiemix und Energieeinsparungen setzen und nicht Kernkraftwerke abschalten, solange sie noch bestens geeignet sind, uns Strom zu liefern, sondern den Ausstieg aus der Kernenergie stoppen.

(Beifall)

Wir wollen den Weg der Bundesrepublik in eine Bildungsrepublik fortsetzen. Bis 2015 wollen wir 10 Prozent des Bruttoinlandprodukts für Forschung und Bildung ausgeben. Man kann doch sehen: Wo die Union regiert, da klappt es besser: Sachsen – herzlicher Glückwunsch zu den PISA-Ergebnissen, Baden-Württemberg – vier Exzellenzinitiativen in diesem Lande.

(Beifall)

Wir wollen unser Land stärker machen, indem wir die Integrationspolitik fortsetzen und indem wir die Familien stärken: durch das Betreuungsgeld, die Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie und durch ein Familiensplitting.

Wir brauchen eine neue Politik für die ältere Generation. Wir, die wir hier sitzen oder stehen, werden im Durchschnitt 90 Jahre alt. Darauf müssen wir uns durch ein Programm für die Aktivitäten im Alter, durch ein „Aktiv-Altern-Programm“ vorbereiten.

(Beifall)

Es ist aber so, dass wir in unserer Gesellschaft vieles von dem überdenken müssen, was mit den Älteren zusammenhängt: Altersgrenzen für Schöffen zum Beispiel, die aus einer Zeit von vor 30 Jahren stammen, sind nicht mehr angemessen. Sie ärgern die ältere Generation. Wenn wir deren Mitwirkung wollen, wenn wir wollen, dass sich die Älteren in unsere Gesellschaft einbringen, dann müssen wir ihnen ein herzliches Willkommen sagen und die Dinge so ändern, dass man im Alter aktiv sein kann, liebe Freunde.

(Beifall)

Wir wollen eine Politik – Günther Oettinger hat hier meine ganze Unterstützung –, die trotz all unserer Wünsche mit dem Schuldenmachen aufhört. Es ist nicht mehr hinnehmbar sein, dass wir so weitermachen, wie seit Ende der 60er-Jahre, und immer neue Schulden aufhäufen. Es ist heute darauf hingewiesen worden, dass es in den ersten 40 Jahren der Bundesrepublik gelungen ist, diese Republik nach schwierigen Zeiten aufzubauen, ohne Schulden zu machen. Es muss unser Anspruch sein, da wieder hinzukommen, liebe Freunde. Das ist Zukunftspolitik.

(Beifall)

Das sind nur einige der Aufgaben, vor denen wir ab Herbst 2009, in der neuen Legislaturperiode, stehen werden. Wir brauchen eine starke Union, um dieses Programm umzusetzen. Wir wollen es als starke Union gemeinsam mit der FDP umsetzen, damit wir noch mehr für Deutschland bewegen können, liebe Freunde.

(Beifall)

Während wir national und international handeln, während wir unsere Agenda für die nächste Legislaturperiode festlegen, beschäftigen sich andere mit sich selbst. Ich habe gerade in einigen Zeitungen gelesen, dass die SPD ihren Wahlkampfslogan festgelegt hat. Er soll heißen: Lebendig. Einig. Mutig. Wir sollten uns das auf der Zunge zergehen lassen: Lebendig. Einig. Mutig. Da wurden wohl die Erfahrungen aus Hessen verarbeitet.

(Heiterkeit und Beifall)

Lebendig geht es dort in der SPD ganz bestimmt zu. Es gibt auch Mutige. Es sind genau vier.

(Beifall)

Und nachdem sie rausgeekelt worden sind, wird sich die hessische SPD ungestört einig, und zwar mit der Linken, liebe Freunde.

(Beifall)

Die SPD und die Linken haben in Hessen vorgemacht, was Deutschland im nächsten Jahr blühen kann: Erst werden die Wähler angelogen, und dann soll ein linksroter Durchmarsch kommen. Die SPD ist in Hessen tatsächlich zweimal mit dem gleichen Kopf gegen die gleiche Wand gerannt. Jetzt hat sie dazugelernt. Sie nimmt einen neuen Kopf, aber der rennt schon wieder gegen die gleiche Wand.

(Beifall)

Lieber Roland Koch, liebe Freundinnen und Freunde aus Hessen, ihr habt euch neues Vertrauen erworben. Erspart Hessen und Deutschland, dass unbelehrbare DKP-Kader im Land der Paulskirche regieren.

(Beifall – Rhythmisches Klatschen)

Lieber Roland Koch, liebe Freunde, darum werden wir, darum wird die ganze CDU gemeinsam mit euch kämpfen. Das Gleiche sage ich unseren anderen Landesverbänden zu, die im nächsten Jahr ihre erfolgreiche Regierungsarbeit bei

den Wählerinnen und Wähler zur Abstimmung stellen und erneut um Vertrauen werben. Lieber Dieter Althaus, lieber Peter Müller, lieber Stanislaw Tillich, liebe Johanna Wanka, lasst uns im kommenden Jahr zeigen, dass die CDU gemeinsam für den Erfolg arbeitet. Es gilt: Wo die CDU regiert, da geht es den Menschen besser, und wir wollen, dass die Menschen in euren Ländern weiter auf Erfolgskurs bleiben.

(Beifall)

In Hessen, in Thüringen, im Saarland, in Sachsen, in Brandenburg und natürlich auch bei der Europawahl, bei den Kommunalwahlen und der Bundestagswahl gilt: Wir wollen gemeinsam für unsere Überzeugungen kämpfen. Wir wollen den Führungsanspruch der Christlich Demokratischen Union Deutschlands in Europa, im Bund, in den Ländern und in den Kommunen deutlich machen.

Alles, was wir tun, tun wir, um die Grundlage dafür zu stärken, dass Deutschland offen bleibt, offen für den Wandel, für Innovation, für die Initiative jedes Einzelnen, die Leistungsbereitschaft der Vielen, die Hilfe für die Hilfsbedürftigen und das Verantwortungsbewusstsein aller in der staatlichen Gemeinschaft. Denn das und nur das ist die Grundlage unseres Wohlstandes und unserer Zukunftsfähigkeit.

Das kommende Jahr wird ein Superwahljahr. Es liegt in unserer Hand, dass es ein super Wahljahr für die Union wird. Wenn wir zusammenstehen, wenn wir gemeinsam handeln, dann dienen wir unserem Land, liebe Freunde.

(Beifall)

Deutschland zu dienen, das war mein Einsatz für die erste Runde. Das ist auch mein Einsatz für die nächste Runde. Das schaffe ich nur mit Ihrer Unterstützung. Um diese bitte ich Sie auch weiterhin. Denn, liebe Freunde, vor uns liegt ein forderndes Jahr.

Es wird nicht einfach. Deutschland braucht dafür Verantwortungsgefühl, Entschlossenheit und praktische Vernunft. Deutschland braucht die Mitte.

Die Mitte - das ist Deutschlands Stärke. Die Mitte – das sind wir. Deshalb: 2009 – das wird unser Jahr. – Herzlichen Dank.

(Langanhaltender lebhafter Beifall)